

## **2. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung einer Hundesteuer für die Stadt Jöhstadt**

Aufgrund von § 4 in Verbindung mit § 28 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. März 2014 (SächsGVBl. S. 146), zuletzt geändert durch Art. 18 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349), in Verbindung mit § 2 und § 7 Abs. 2 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 2004 (SächsGVBl. S. 418; 2005 S. 306), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 28. November 2013 (SächsGVBl. S. 822), hat der Stadtrat der Stadt Jöhstadt in seiner Sitzung am 06. Oktober 2016 folgende 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung einer Hundesteuer für die Stadt Jöhstadt vom 03. Dezember 2010 beschlossen:

### **§ 1**

§ 6 Absatz 1 der Satzung zur Erhebung einer Hundesteuer für die Stadt Jöhstadt erhält folgende neue Fassung:

#### **§ 6     Steuersatz**

- (1)     Der Steuersatz für das Halten eines Hundes beträgt im Kalenderjahr 36,00 EURO.

### **§ 2     Inkrafttreten**

Diese 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Erhebung einer Hundesteuer für die Stadt Jöhstadt tritt am 01. Januar 2017 in Kraft.

Jöhstadt, den 07. Oktober 2016

*Olaf Oettel*

Der Bürgermeister



## Hinweise nach § 4 Abs. 4 SächsGemO

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Jöhstadt, den 07. Oktober 2016

*Olaf Oetzel*

Der Bürgermeister

